



Grünliberale Partei Schweiz

## Medienmitteilung

Thema	Umsetzung der Ausschaffungsinitiative
Für Rückfragen	Tiana Angelina Moser, Fraktionspräsidentin, Tel. +41 76 388 66 81 Beat Flach, Nationalrat, Tel. +41 79 402 91 12
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Laupenstrasse 2, 3008 Bern Tel +41 31 322 60 57, E-Mail <a href="mailto:schweiz@grunliberale.ch">schweiz@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.grunliberale.ch">www.grunliberale.ch</a>
Datum	18. März 2014

Die Grünliberalen plädieren bei der Umsetzung der Ausschaffungsinitiative für einen Mittelweg

Die Grünliberalen lehnen strafrechtliche Automatismen grundsätzlich ab. Gleichzeitig gilt es aber zu akzeptieren, dass die Schweizer Bevölkerung mit der Annahme der Volksinitiative für die Ausschaffung krimineller Ausländer einen solchen Automatismus verlangt. Um diesem Volksentscheid gerecht zu werden, sind die Grünliberalen bereit die Ausschaffungsinitiative soweit umzusetzen, wie sie andere in der Verfassung verankerten Grundsätze nicht verletzt. Namentlich sind die Wahrung des Völkerrechts und der Verhältnismässigkeit für die Grünliberalen nicht verhandelbar. Mit ihren Kompromissanträgen verlangen die Grünliberalen einen Mittelweg zwischen dem Bundesrat und dem Antrag der Kommission, die Durchsetzungsinitiative vorbehaltlos ins Gesetz aufzunehmen, ohne dass die Bevölkerung darüber abgestimmt hat. Falls dieser Mittelweg im Nationalrat scheitert, werden die Grünliberalen die Bundesratslösung unterstützen, da sie nicht bereit sind, grundsätzliche rechtsstaatliche Prinzipien über Bord zu werfen.

Nationalrat Beat Flach: „Es steht ausser Frage, dass eine angenommene Volksinitiative umgesetzt werden muss. Widerspricht diese aber anderen Punkten der Verfassung, muss ein Mittelweg gefunden werden. Daraus folgt, dass wir Grünliberalen eine Umsetzung der Ausschaffungsinitiative nur soweit unterstützen, wie das unter Wahrung der in der Verfassung ebenfalls verankerten Grundsätze zum Völkerrecht und der Verhältnismässigkeit möglich ist.“